

Die dubiosen Machenschaften der Deutschen Umwelthilfe und ihres Führers Jürgen Resch

geschrieben von Chris Frey | 18. Juli 2017



Der jüngste Schildbürgerstreich war die Begrünung von Straßenabschnitten in Stuttgart mit Moos, welches den Feinstaub binden sollte (siehe Bild oben, Quelle). Das Moos ist mittlerweile abgestorben und hunderttausende Steuergelder für grünen Unsinn einmal mehr hinausgeworfen.

Wieso ist man da nicht schon früher drauf gekommen, wo doch jeder weiß: Ohne Moos nichts los! Das „Moos“, um dieses grüne Moos zu bezahlen, kommt wohl nicht von den „grünen Männchen“. Für diesen erneuten Unsinn, muss der Steuerzahler wieder herhalten. Straßen hin und wieder abspritzen wäre kostengünstiger und auf Anhieb effektiver. Aber mit solch banalen Maßnahmen können die „grünen Männchen“ natürlich nicht bei ihren potentiellen Wählern punkten.

Zu Herrn Jürgen Resch ist in der Süddeutschen Zeitung zu lesen: „Resch, der ein Studium der Verwaltungswissenschaften abbrach“. Nun, da ist man doch gleich beruhigt, dass die Industrienation Deutschland, dessen Lebensstandard sich vor allem auf den Mittelstand stützt, von einem solch ausgewiesenen Fachmann, der noch nicht einmal in der Lage war, ein Studium oder eine Ausbildung zu Ende zu bringen, in Existenzfragen vertreten wird, bzw. sich anstellt, als habe er dazu die Legitimation.

Der Autor, der selbst einmal studiert hat und selbiges zu Ende brachte, weiß, dass diejenigen, die vorher abbrachen, keine reichen Eltern hatten, die für das nötige „Kleingeld“ sorgten, oder ihr Studium wegen Unfähigkeit, selbiges abzuschließen, vorzeitig beendeten.

Halten wir als erstes Zwischenergebnis fest:

Jürgen Resch hat es nicht fertig gebracht, seine Ausbildung abzuschließen.

Da kann es denn auch nicht verwundern, dass die DUH die Lachstudie groß als vermeintliche wissenschaftliche Sensation ankündigte, Feinstaub stünde in Zusammenhang mit Grippewellen, wie der Focus am 28.03.17 schreibt. Robert Koch würde sich im Grabe drehen, sähe er, welche Schwachköpfe heute in Deutschland Raum für ihren Unsinn (siehe Teil 3) erhalten.

Der Autor möchte aber mit den heutigen „nützlichen Idioten“ nicht zu hart ins Gericht gehen, die dem grünen Mainstream das Wort reden und im Wahlkampf aktiv unterstützen, stammt der Ausdruck „nützliche Idioten“ für Journalisten aus einer Zeit, in der von dieser Gruppe ein anderer Mainstream unterstützt wurde, der indes eine andere Farbe hatte (obwohl beide Farben für die Erde stehen) und womöglich deshalb, mit den heutigen Tendenzen derselben Schar nicht in Korrelation gebracht wird.



Abb.29: Heilsbringer und deren Selbstansichten. Wie sich die Inhalte gleichen. Im frühen 20. Jahrhundert war z.B. vom „Wegbereiter für ein neues Deutschland“ die Rede und von Arbeit, Freiheit, Brot. Das „Neue Deutschland“ hatten wir später im Osten wieder. Das ging damit zweimal gründlich schief. Wenn auch das zweite Mal weniger dramatisch und gewalttätig. Anfannd des 21. Jahrhunderts – damit zum 3. Mal – heißt die Selbstsicht „Aus der Krise hilft nur grün“. Der Autor fragt sich, welche Krise? Wenn wir eine haben, dann die wegen der Dummheit einiger weniger Heilsbringer. Damals wie heute.

Aus der Geschichte lernen! Sie kennen sicherlich die Punischen Kriege. Karthago führte deren drei. Nach dem zweiten war es noch groß. Nach dem dritten existierte es nicht mehr. Geben wir den Heilsbringern keine Möglichkeit, ein 3. Mal zu versuchen und damit unser Land endgültig zu ruinieren. Denn dort führt deren industrielle und damit Arbeitsplatzvernichtung unweigerlich hin.

Der Autor schrieb von „Legitimation“, die solche Leute wie Jürgen Resch offenbar glauben zu haben, in Existenzfragen unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Schauen wir doch mal, mit welcher „Deutschen“ Umwelthilfe wir es zu tun haben. In Wikipedia ist zu lesen, dass die sog. DUH 243 Mitglieder hat (Stand 2016). Richtige (von breiteren Bevölkerungsschichten

getragene) Umweltorganisationen, wie der BUND haben 565.000 Mitglieder (Stand 2015). Der NABU hat 541.000 Mitglieder (Stand 2015) und der WWF hat gar über 5 Millionen Mitglieder (Stand 2014, Quelle, jeweils Wikipedia). In Übersicht:

DUH hat das Mandat für 243 Mitglieder

BUND hat das Mandat für 565.000 Mitglieder

NABU hat das Mandat für 541.000 Mitglieder

WWF hat das Mandat für über 5 Millionen Mitglieder

Laut Wikipedia hat unser Land eine Einwohnerzahl von 82.175.684 (Stand 31.12.2015). Die sogenannte Deutsche Umwelthilfe hat gerade einmal das Mandat von nicht einmal 0,0003% der Bevölkerung, schickt sich aber an, mit dubiosen Klageverfahren ganze Kommunen, Mittelstandsunternehmen und Industriezweige (dazu später mehr) zu strangulieren, ohne, dass die Politik diesem unsäglichen Treiben einer dubiosen Minderheit Einhalt gebietet.

2. Zwischenergebnis

Die DUH ist nicht einmal eine Splitterorganisation und hat das Mandat von weniger als 0,0003% der Bevölkerung.



Abb.30, Quelle (<https://www.tagesschau.de>): Ein Bild, obwohl von der ARD, das viel über die Hybris des Mannes verrät, der darauf abgebildet ist oder besser ausgedrückt, der sich gerne so zeigen lässt. Zu sehen ist der Deutsche Bundestag. Sinnbild unserer Demokratie und unserer demokratischen Ordnung. Das Gebäude, indem sich die Vertreter befinden, die in demokratischen Wahlen dazu das Mandat vom Volk erhielten. Indem diejenigen unser Land vertreten, die vom Volk die Mehrheit, also 50%+ der Wählerstimmen erhielten und damit die Berechtigung nach dem Grundgesetz haben, unser Land und seine Geschicke zu lenken. Davor ein Jürgen Resch, der weder irgendeine Mehrheit vertritt, noch eine Legitimation hat, die Geschicke unseres Landes auch nur im Ansatz gestalten zu können. Sich aber offensichtlich als wahrer Vertreter des Volkes sieht und der dem Bundestag vorsteht. Eine Person, die nicht einmal 0,0003% der

Bevölkerung unseres Landes vertritt. Solch einen Größenwahn, solch ein Zerrbild und solch eine geringe Legitimation hatte unser Land zuletzt in einem Erich Honecker, obwohl der und seine SED vermutlich mehr Mitglieder als 243 Mitglieder hatten.

Das Grundgesetz schützt unser Land vor der Machtausübung politischer Splittergruppen und enthält daher aus unsäglicher Erfahrung der Weimarer Zeit die 5%-Klausel. Nun ist es sicherlich richtig, dass an Umweltorganisationen nicht der Maßstab einer 5%-Klausel, ab der sie für die Allgemeinheit aktiv werden können, eingeführt wird. Bei einer Organisation, die jedoch nicht einmal 0,0003% der Bevölkerung vertritt, muss gefordert werden, dass dieser jegliches Vertretungsrecht abgesprochen wird und alles, was damit zusammenhängt: Aus Schutz unseres Landes vor Missbrauch und möglichem Betrug.

Bei so wenig zahlenden Mitgliedern stellt sich unweigerlich die Frage, wo eine Organisation die Gelder für ihre Arbeit, ihre Beschäftigten und ihre Aktivitäten herhat und in der Tat, ist in der Süddeutsche Zeitung dazu einiges zu finden, aber nichts Gutes:

„Zuweilen wird der DUH mangelnde Trennschärfe zwischen gemeinnützigen und kommerziellen Aktivitäten vorgeworfen.“ Und weiter „So hatte die Umwelthilfe jahrelang über ihre Umweltschutz-Service GmbH den Autokonzern Daimler-Chrysler in Umweltdingen beraten (Anmerkung: Da geht der Autor noch näher drauf ein). Gleichzeitig durfte die Deutsche Umwelthilfe e.V. jedes Jahr im Geschäftsbericht des Konzerns dessen ökologische Aktivitäten unzensuriert bewerten.“ Die Financial Times Deutschland schrieb dazu am 6. 5. 2009: „Mit Daimler haben die Umweltschützer sogar länger zusammen gearbeitet: Die DUH durfte bis 2004 eine Seite im Umweltbericht des Konzerns gestalten. „Trotzdem waren wir von denen unabhängig“, erzählt Resch. „Und als sie angefangen haben, uns zu stark reinzuquatschen, haben wir die Zusammenarbeit beendet.““ Aha, da steht was von „zu stark“ und von „reinzuquatschen“. Ersteres ist ein weit gefächertes Kriterium, mit einer rein subjektiven „Auslöseschwelle“ und letzteres – Ankerwörter – wird zuweilen dazu verwendet, um vom eigentlichen Grund abzulenken und die Diskussion in Richtung dieser Ankerwörter zu lenken.

Ja, wie soll denn nun der Autor diese Gutmenschen verstehen, denen es nicht um unsere Gesundheit, sondern offensichtlich um ihre Geschäftsinteressen geht? Weiter ist in der Süddeutschen Zeitung zu lesen: „Von „guten“ Unternehmen nahm und nimmt man bereitwillig Spenden an, „schlechte“ Unternehmen werden gnadenlos an den Pranger gestellt.“ Irgendwie erinnert dies den Autor an

„Schutzgelderpressung“. Wer zahlt, ist gut und wer nicht zahlt, ist böse.

Wie ist denn nun das Eigenbild dieser Splitterstgruppe und wovon bestreitet diese Einheit, die vorgibt, alles für unser Wohlbefinden zu tun, ihren Unterhalt? Die DUH sagt von sich: „Lobbyisten vertreten immer Einzelinteressen, wir kämpfen für das Gemeinwohl.“ Aha, für das „Gemeinwohl“.

O-Ton Jürgen Resch: „Während viele Unternehmenslenker immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt haben und weiterhin mit übermotorisierten Limousinen unterwegs sind, ist das neue Denken bei den für die Firmenflotten zuständigen Managern vielerorts angekommen. Zu der Erkenntnis, wie wichtig es ist, mit einem klimaverträglichen Dienstwagen voranzufahren, kommen viele jedoch immer noch zu langsam. Positiv dagegen ist die zunehmende Zahl an Firmen, die es schaffen, die CO₂-Grenzwerte der EU zum Teil deutlich zu unterschreiten.“ Wir merken uns diese Aussage.

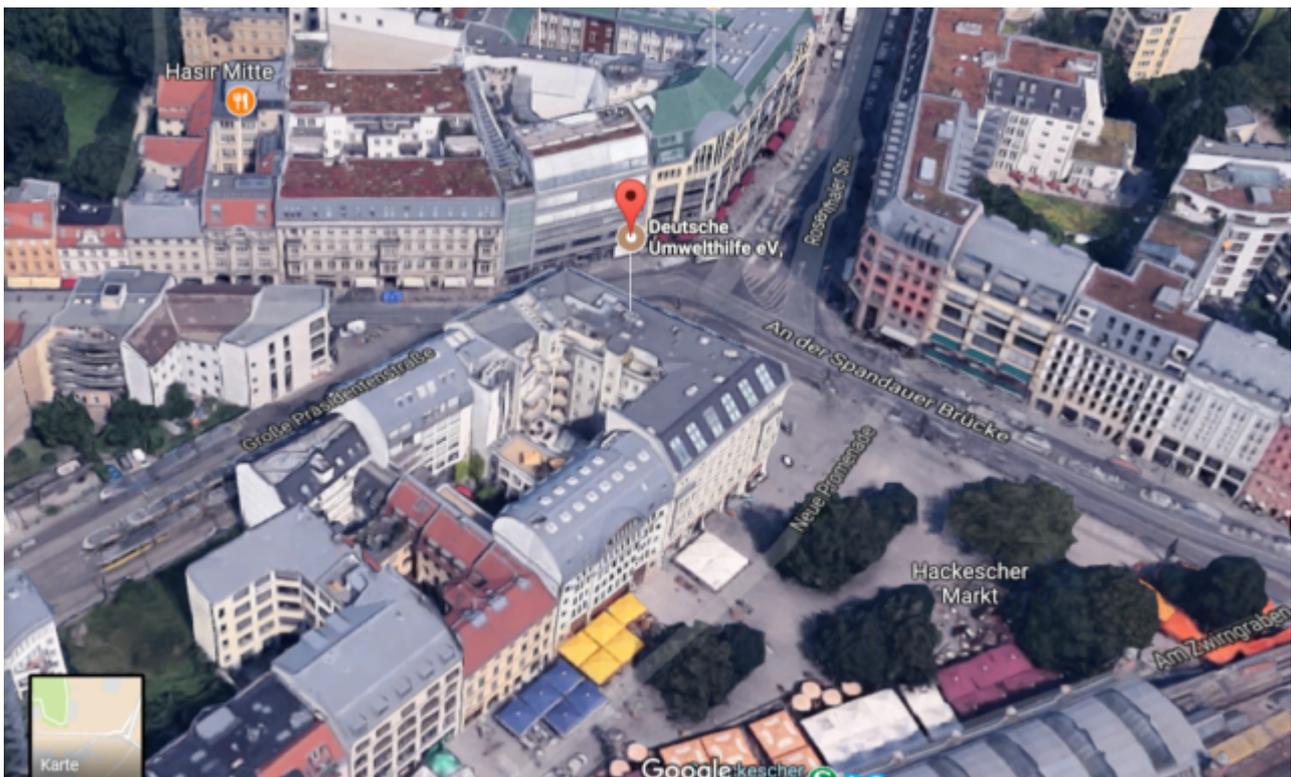


Abb.31a, Quelle: Google Earth, zeigt das Hauptstadt-“Büro“ der Deutschen Umwelthilfe aus der Vogelperspektive.



Abb. 31b, Quelle: Google Earth, zeigt die Vordersicht. Nun, ein luxuriöses Anwesen in einer erstklassigen Berliner Gegend. Man lässt es sich offenbar recht gutgehen, bei der Deutschen Umwelthilfe. Davon können die „Malocher“ in unserem Land, bei den heutigen Mietpreisen, deren Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, nur von träumen.

Aber der stressgeplagte Jürgen Resch kommt bekanntlich gar nicht dazu, es sich gutgehen zu lassen, ist er doch für „unser Gemeinwohl“ unterwegs und muss dazu enorm viele umweltbelastende Streckenkilometer zurücklegen und die auch noch mit „klimaschädlichen Flugzeugen“ (0-Ton der Klimaschützer). Und das alles nicht zuletzt deswegen, weil, welche Bürde, der Stammsitz der Deutschen Umwelthilfe nicht in Berlin, sondern sich immer noch am schönen Bodensee in Radolfzell befindet (Abb.32). Werfen wir doch auch einen Blick dorthin.



Abb.32, Quelle: Wikipedia, Peter Stein, CC BY-SA 3.0, zeigt den Kur- und Ausflugsort Radolfzell. Mal ehrlich, wer möchte dort nicht zu Hause sein oder zumindest eine Heimstätte haben? Sicherlich eine große Bürde für Herrn Resch und seine „Mannen“ dort zu arbeiten und sich für unser „Gemeinwohl“ einzusetzen. Aber vielleicht sieht die Arbeitsstätte gänzlich anders aus, wie etwa die vom „Karle vom Band“.



Abb. 33, Quelle (http://www.berlin.de/senuvk/umwelt/industrie_gewerbe/) zeigt einen Industriearbeitsplatz mit „umweltschädlichen“ Abgasen, wie er nach dem Willen der grünen Männchen und „ihrer“ Deutschen Umwelthilfe vernichtet werden soll. Aber wie sieht denn nun der

„Arbeitsplatz“ von Herrn Resch und seinen „Mannen“ in Radolfzell aus?

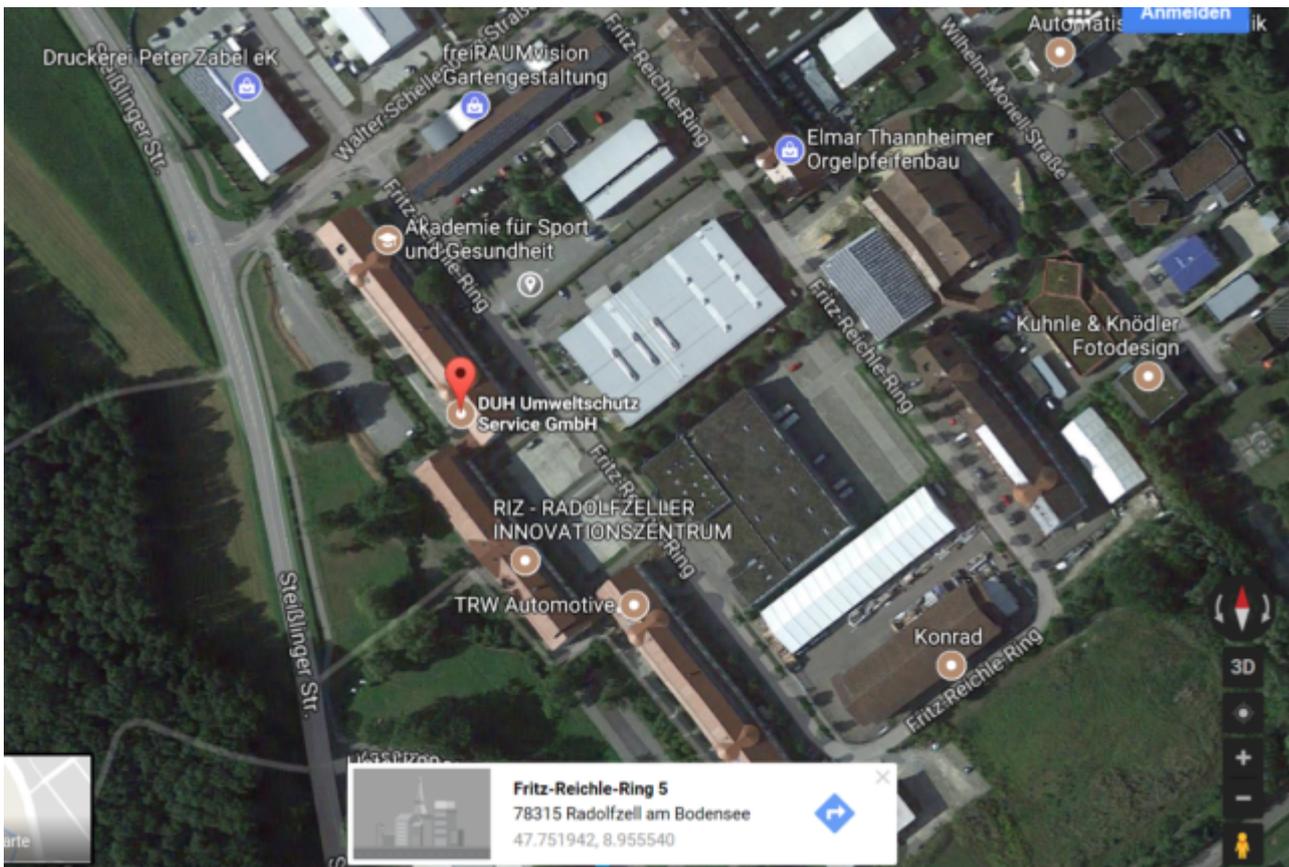


Abb.34, Quelle: Google Earth, zeigt diesen (auch hier wieder) zuerst aus der Vogelperspektive. Sieht von oben, wie ein Lagerhaus aus. Daher wollen wir es nun aus der Vorderansicht betrachten. Da steht was von GmbH, sicherlich ein Google-Fehler.

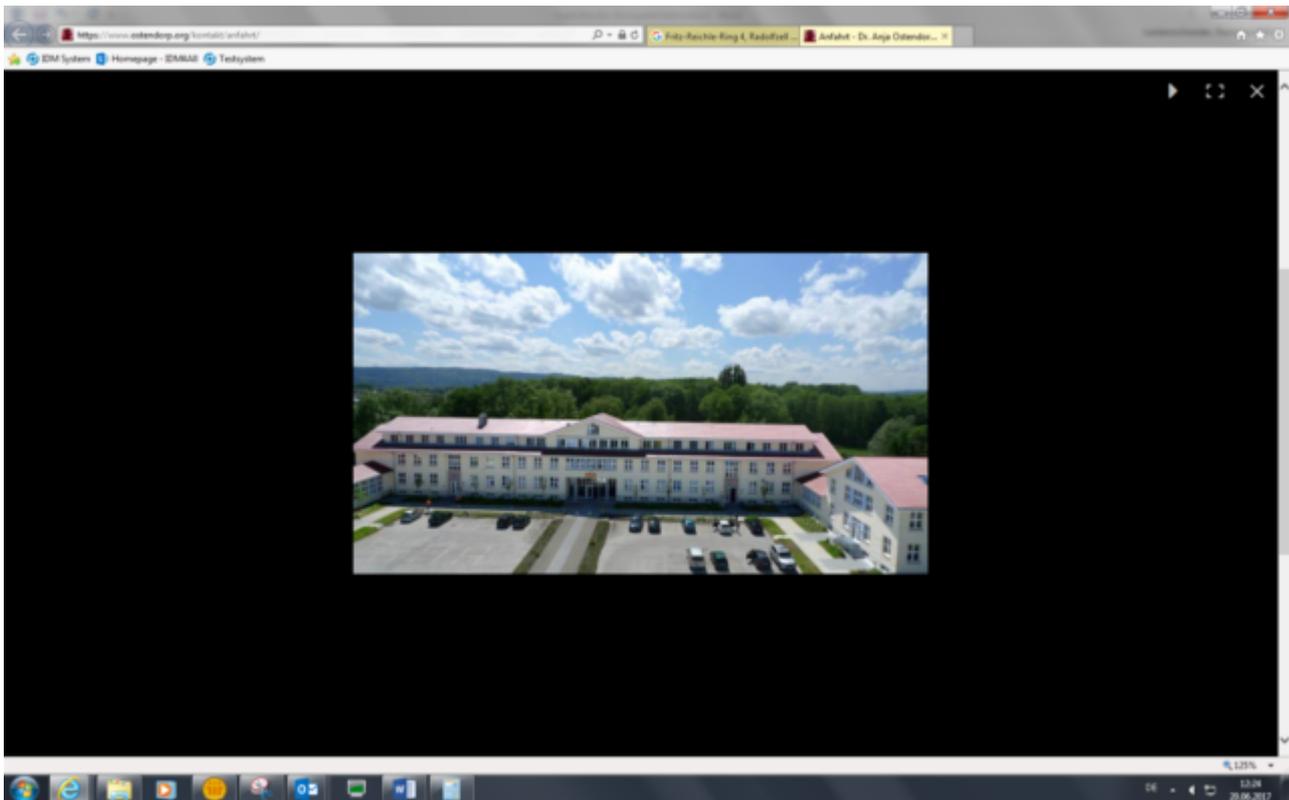


Abb.35, Quelle (<https://www.ostendorp.org/kontakt/anfahrt/>), zeigt einen Teil der Vorderansicht der Anlage aus Abb.34. Lagerhaus? Weit gefehlt! Sieht schon eher wie eine Schlossanlage oder zumindest eine Kuranlage aus. Da wird es doch sofort verständlich, dass Herr Resch die Bürde auf sich nehmen muss und mit vielen „klimaschädlichen“ Abgasen zwischen seinem Hauptsitz am schönen Bodensee und seinem Hauptstadt-„Büro“ für unser „Gemeinwohl“ zu pendeln. Wer möchte schon freiwillig solch eine Art Schlossanlage aufgeben? Die Süddeutsche hierzu „Und so pendeln Resch und seine Kämpen beständig zwischen dem DUH-Hauptsitz in Radolfzell am Bodensee, Berlin und Brüssel, um im Sinne der Umwelt und der Verbraucher Einfluss auf die große Politik zu nehmen.“ Anmerkung: Der Autor sucht nach einem Taschentuch.

3. Zwischenergebnis

Jürgen Resch und seine „Mannen“ logieren in schlossartigen Residenzen am Bodensee und elitären Anwesen in Berlin.

Da ist man doch guter Dinge, dass es einer 0,000003%-„Partei“ von unseren Steuergeldern – gemeinnützige Spenden können steuerlich geltend gemacht werden – gut geht.

Jürgen Resch zu sich als Vielstflieger und damit als einer der größten (Einzel-) Umweltverschmutzer des Landes: „Dass ich berufsbedingt Vielflieger bin, darüber wird seit über zehn Jahren regelmäßig berichtet. Nun hat es auch der *Spiegel* gemerkt. Meine persönliche Klimaschutzbilanz ist schlecht, daraus mache ich

keinen Hehl. Das ist aber leider eine Folge meiner nationalen wie internationalen Umweltarbeit...“ Und nicht zu vergessen, zwischen seinem „Schloss“ am Bodensee und seines gediegenen Hauptstadt-„Büros“. Und das alles für unser Gemeinwohl – die Tränen werden immer heftiger. Ein Taschentuch reicht da nicht mehr.

Was muss der Mann dafür Unannehmlichkeiten auf sich nehmen? So ist er Mitglied des sog. HON Circles bei der Lufthansa. Diesen höchsten Vielfliegerstatus erhält derjenige, der innerhalb von zwei Jahren 600.000 Meilen fliegt.* Dies sind ca. 28,5 Erdumrundungen. Damit gehört Jürgen Resch zu einem kleinen und erlauchten Kreis von knapp 3.000 Lufthansa-Vielfliegern. Wer die begehrte schwarze Karte besitzt, wird vor und nach dem Flug in exklusiven Topkunden-Lounges verwöhnt und auf Wunsch sogar in einem Porsche-Cayenne direkt zum Flugzeug gebracht. Was für Unannehmlichkeiten.

* Anmerkung: 2014 hatte die Lufthansa eigene Betriebskosten pro Flugkilometer von 9,8€-Cent (Abb.36). Da lässt sich in etwa ausrechnen, was die Deutsche Umwelthilfe für ihren Führer an Flugkosten mindestens zu tragen hat.

Wasser predigen und Wein saufen

Wenn man schon selbst nicht glänzen kann, so will man wenigstens versuchen, andere glänzen zu lassen. Auch wieder so eine *selbstlose* Eigenschaft, mit der sich bereits die Bibel befasste.

So befragt die Deutsche Umwelthilfe jedes Jahr Unternehmen nach den Dienstwagen der Firmenleitung und der Mitarbeiter, sowie zu ihren Flotten- und Mobilitätsstrategien und vergibt anschließend rote, gelbe und grüne Karten. Wobei es eine rote Karte nicht nur für zu hohe CO2-Werte der Fahrzeuge gibt, sondern auch, wenn das Unternehmen die Auskunft verweigert. Manch einer könnte das für Erpressung oder zumindest Nötigung halten! Im Netz ist weiter zu lesen „Eine Überprüfung der Ergebnisse ist Journalisten nicht möglich.“ Das hat jetzt nun wirklich ein „Geschmäcke“.

Bei der Deutschen Umwelthilfe mokiert man sich (spricht von „peinlich“), dass der Verband der Deutschen Automobilindustrie geschlossen an dieser dubiosen Verleihung nicht teilnimmt, was für den Autor, hinsichtlich Gebaren und Transparenz, mehr als nachvollziehbar ist und gerade die Deutsche Umwelthilfe selbst, jegliche Auskünfte über die Umweltbelastung ihres Vielfliegers, Jürgen Resch, verweigert. Da geht wohl jemand davon aus: Alle sind gleich, nur einige sind gleicher. Dies ist kommunistische Doktrin. Aber dazu kommt der Autor noch.

4. Zwischenergebnis

Der Chef der Deutschen Umwelthilfe zeigt in peinlicher Art und Weise, was er von Demokratie, Transparenz und Vorbildfunktion hält. Zu seinem Verhalten gibt es im Volksmund eine griffige Redensart: Wasser predigen und Wein saufen.

Jürgen Resch verteidigt sich weiter, vorwiegend mit der Lufthansa zu fliegen (Anmerkung: teuerste Airline!), wie er gegenüber Journalisten der „TAZ“ angab. Immerhin gelte die Lufthansa seit Jahren als relativ energieeffizient und hat auch in der Technik Standards unter den Airlines gesetzt. Eine solche Rechtfertigung ist natürlich blanker Unsinn. Die Lufthansa fliegt wie alle anderen (westlichen) Airlines neueste Flugzeuge von Airbus und Boeing, die vom „Fließband“ kommen und somit in ihren Emissionen alle gleich gut oder gleich schlecht sind. Da ist seine nächste Rechtfertigung schon wesentlich interessanter.

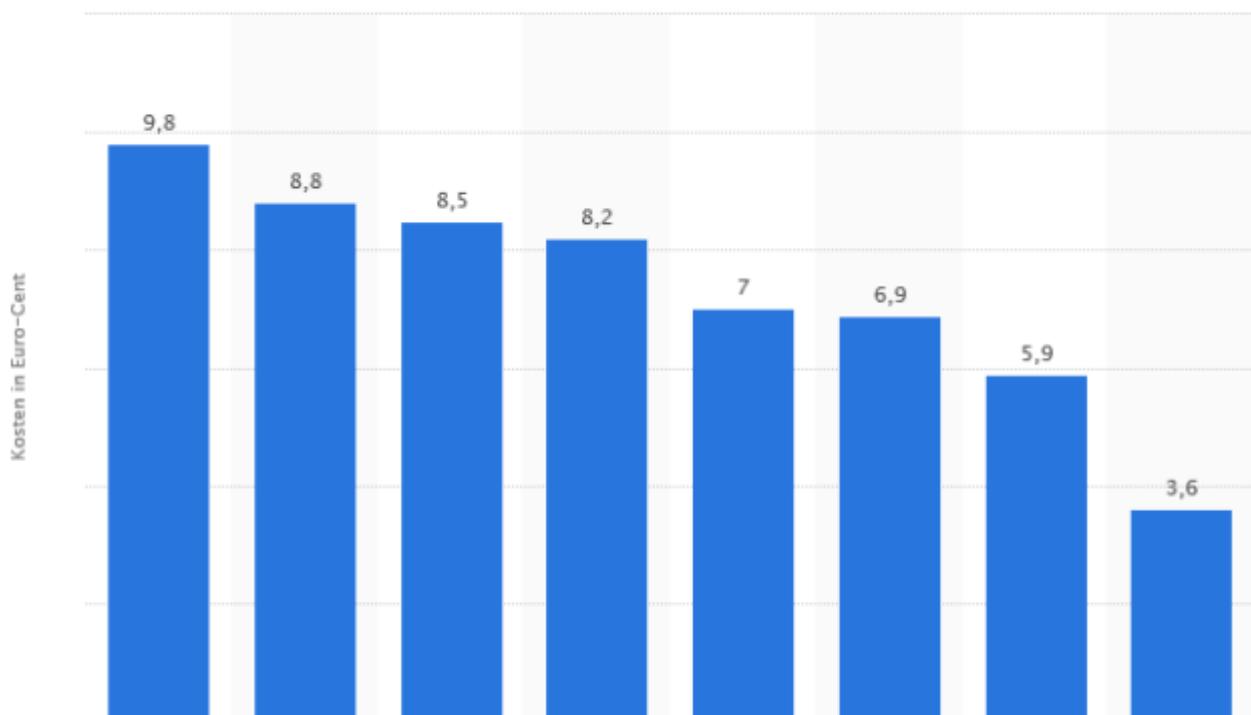


Abb.36, Quelle:

(<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/162764/umfrage/kosten-pro-sitz-pro-kilometer-bei-ausgewaehlten-airlines/>)

„Außerdem unterstützt die Kranich-Airline seit 40 Jahren Projekte zum Erhalt der Artenvielfalt und steht an erster Stelle der

Spender des „EuroNatur„. Die Stiftung EuroNatur wurde 1987 gegründet, initiiert vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) kam später dazu.“ Und weiter im Netz: „Ausgewählte Wirtschaftsunternehmen durften die Arbeit der EuroNatur Stiftung im Jahr 2012 unterstützen. Darunter: Gelsenwasser, Stadtwerke Bielefeld, Deutsche Lufthansa und Cemex. „Das sei insgesamt wenig, aber mehr, als andere machen. Dennoch, Sie haben recht, gibt sich Resch reuig: Das Dilemma bleibt. Deshalb zahlt die Umwelthilfe für ihre Flüge eine Klimaschutzabgabe“.“

Wie bitte? Die Deutsche Umwelthilfe, als eingetragener Verein, gemeinnützig und daher steuerlich begünstigt und von unseren Steuern (mit) finanziert, setzt die Gelder dazu ein, für ihren Chef „Strafzettel“ zu bezahlen und gibt die Spendengelder einem kommerziellen Unternehmen, welches wiederum Gelder an ein Unternehmen der Deutschen Umwelthilfe weiter gibt. In den USA kann man für solch dubiose Dreiecksgeschäfte für mehrere Jahre im Knast landen. Was sagten die „Schurken“ zu ihrem Dreiecksgeschäft: „Ausgewählte Wirtschaftsunternehmen durften die Arbeit der EuroNatur Stiftung im Jahr 2012 unterstützen.“ Welche Ehre!

Doch damit nicht genug. So gibt Jürgen Resch selbst an, dass Toyota den Dienstwagencheck mit 80.000€ finanziert. Sicherlich auch nur zu unserem Gemeinwohl und ganz sicher nicht, weil Toyota mit dieser Investition glaubt, Firmen mit Hilfe der Deutschen Umwelthilfe zu nötigen, Entschuldigung, zu überzeugen, ihre Dienstwagenflotte nicht vorrangig mit Produkten aus München, Ingolstadt, Stuttgart oder Wolfsburg zu bestücken, sondern mit Produkten der Marke Toyota.

5. Zwischenergebnis

Die dubiosen Dreiecksgeschäfte und das Gebaren der Deutschen Umwelthilfe sind keine Angelegenheit des deutschen Natur- und Umweltschutzes, sondern der deutschen Staatsanwaltschaft und von Transparency International Deutschland, um vermeintliche Korruptionsvergehen aufzuklären.

Ja, was macht denn nun die Deutsche Umwelthilfe in Deutschland (so heißt sie ja schließlich)? Wie setzt sie denn nun ihre Gelder ein, außer für „Schlösser“, Anwesen in bester Hauptstadtlage und für ihren Geschäftsführer, den Vielstflieger Jürgen Resch ein oder für eigenartige Tests, die nicht nachgestellt und damit überprüft werden können, da nicht transparent gemacht wird, wie die

Ergebnisse zustande kommen? Siehe auch Dienstwagencheck.

Auf der Internetseite des NABU

(<https://www.nabu-netz.de/landesverbaende/baden-wuerttemberg/verbandsleben/finanzen/finanzierung-oertlicher-naturschutzarbeit/geldaus-stiftungen-oea/deutsche-umwelthilfe-duh.html>) wird man fündig. Dort ist folgendes angegeben:

„1975 wurde die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gegründet. Die DUH gibt im Schnitt über 250.000 Euro im Jahr für die Förderung einer Vielzahl von kleinen und mittleren Natur- und Umweltschutzprojekten aus.“ Donnerwetter, 250.000€ im Jahr. Dies ist sicherlich nur ein Bruchteil dessen, was für Lustreisen, Entschuldigung für Mobilität und Immobilien ausgegeben wird. So ist im Netz weiter zu finden, dass die Deutsche Umwelthilfe über ein Jahresbudget von ca. 8,1 Mio.€ verfügt (www.tagesspiegel.de). Der Tagesspiegel weiter „Knapp 17 Prozent des Etats von zuletzt 8,1 Millionen Euro stammen von Spendern, der größte Posten (38 Prozent) sind Projektzuschüsse und der Verbraucherschutz (30 Prozent).“

Anmerkung: 1975, da war Hochzeit des Kalten Krieges, wer waren denn da die Gründer, gab es da auch welche im Hintergrund?

250.000€ von 8,1 Mio.€, dies sind gerade einmal 3% der anvertrauten Gesamtsumme, die die Deutsche Umwelthilfe an konkreten, Naturschutz-fördernden Maßnahmen ausgibt. Eine Spendenorganisation, wie z.B. *Brot für die Welt*, würde sie eine ähnliche Quote an Geldern ausweisen, die den Bedürftigen oder allgemein, ihrer Zielgruppe zu Gute kommen, hätte sicherlich keine Chance auf Gemeinnützigkeit.

6. Zwischenergebnis

Laut NABU gibt die Deutsche Umwelthilfe gerade einmal 3% ihrer, ihnen anvertrauten Gelder für konkrete deutsche Umweltschutzmaßnahmen aus. Falls das stimmt, hat der Volksmund auch hierfür eine passende Redeweisheit, Nepper, Schlepper, Bauerfänger.

Wie die Süddeutsche schreibt „wird der DUH mangelnde Trennschärfe zwischen gemeinnützigen und kommerziellen Aktivitäten vorgeworfen.“ Wie gezeigt, kann diese Aussage dick unterstrichen werden. Weiter schreibt die Süddeutsche „So hatte die Umwelthilfe jahrelang über ihre Umweltschutz-Service GmbH den Autokonzern Daimler-Chrysler in Umweltdingen beraten... Die Zusammenarbeit zwischen der Umwelthilfe und Daimler-Chrysler endete 2004 mit

einem Eklat, weil der Autobauer laut Resch zuletzt ökologische Fortschritte vermissen ließ...“ So zumindest die Darlegung von Jürgen Resch. Nun sind bekanntlich subjektive „Wahrheiten“ keine objektiven Wahrheiten und Menschen, insbesondere solche mit einem Größenwahn neigen dazu, in Scheinwelten zu leben und Realitäten nicht mehr klar aufnehmen zu können. Daher will der Autor eine Kurzanalyse versuchen, was denn nun den „Eklat“ ausgelöst haben könnte.

Aktiengesellschaften sind gewinngetriebene Wirtschaftsunternehmen. Dies müssen sie sein, da sie weitgehend die Gelder ihrer Anleger vertreten und diese naturgemäß Gewinne sehen möchten. Weiter sind die Lenker von Aktiengesellschaften ihren Anlegern Rechenschaft schuldig, über die Verwendung der Firmengelder. Alles Dinge, die zu vertrauensbildenden Maßnahmen jeglicher Art notwendig, sowie vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind. Zu Deutsch: Geben Aktiengesellschaften Firmengelder aus, müssen sie dafür eine adäquate Gegenleistung erhalten.

Man braucht nun kein Prophet zu sein, dass eine adäquate Gegenleistung, bei einer Größe wie Jürgen Resch, der nicht einmal eine Ausbildung besitzt, schwerlich zu erhalten ist. Weiter ist zu beachten, dass sein Geldgebaren förmlich in eine weitere Richtung als von ihm dargelegt, zeigt: Dreiste Geldforderungen. Nein, die Trennung (Eklat) war sicherlich nicht so, wie von Jürgen Resch herausgeputzt. Da waren schon eher unverschämte Geldforderungen, gepaart mit mangelnder Leistung die Ursache. Zu einem Eklat kommt es in solchen Situationen dann, wenn der Rausgeworfene ausfällig wird und Drohungen ausspricht. Was den Autor bei der Vita von Herrn Resch nicht wundern würde.

7. Zwischenergebnis

Der Deutschen Umwelthilfe mangelt es offenbar an der Trennschärfe zwischen Gemeinnützigkeit und kommerziellem Handeln – zumindest für Außenstehende. Das wirkt dann oft so, als ließe sie sich von bereitwilligen (und kurzsichtigen) Wirtschaftsvertretern „kaufen“, um an Gelder zu kommen.

Die Süddeutsche dazu: „Anders als andere Verbände ist sie mittlerweile eine One-Man-Show. (Anmerkung: So was hatten wir in Deutschland schon einmal...) Schon damals haben die Aktionen des Verbands einen kleinen Makel: Sie nutzen auch seinen Spendern. Als die Umwelthilfe für das Dosenpfand kämpft, erhält sie Geld von mittelständischen Brauern und einem norwegischen Unternehmen, das Apparate für die Rücknahme der Pfandflaschen herstellt. Während

der Kampagne für rußfreie Dieselaautos, Titel: „Kein Diesel ohne Filter“, fließt Geld von Firmen, die Rußpartikelfilter herstellen. „Wir bilden Allianzen, wenn es zweckmäßig ist und sie uns helfen, unsere Ziele durchzusetzen“, heißt es in einem internen Selbstverständnis-Papier von 2012. Doch die Kooperationen verursachen Unmut, auch in der Szene. „Es führt immer in Interessenkonflikte, wenn ein Umweltverband Geld aus der Wirtschaft nimmt“, sagt Tobias Münchmeyer, der für Greenpeace in Berlin arbeitet. „Das ist ein echtes Problem.““ An diesem Gebaren der Deutschen Umwelthilfe hat sich bis heute nichts geändert.

Bis jetzt also bereits sieben Zwischenergebnisse. Aber damit wird man der Deutschen Umwelthilfe und Jürgen Resch nicht „gerecht“. Denn im Netz ist vielerorts von einem „Abmahnverein“ die Rede. Dies klingt nun wirklich nicht gut und besonders klingt dies schlechter als „Gemeinwohl“ oder „Gemeinnützigkeit“. Das klingt schon eher nach Orwells „1984“. Der Autor kann daher gar nicht glauben, dass solch eine honorige Person, wie Herr Resch, der doch alles nur für unser „Gemeinwohl“ tut und, wie geschrieben, jede nur erdenkliche Last und Bürde dafür auf sich nimmt, mit solchen Schandbegriffen in Verbindung gebracht wird. So was klinkt ja fast wie Schutzgelderpressung. Da kann es sich doch nur um eine üble Verleumdung der bösen Automobilindustrie halten. Oder etwa nicht?

Doch der Autor findet im Tagesspiegel die ernüchternde Meldung: „Wie der Öko-Verein DUH mit zahlreichen Abmahnungen seine Kasse füllt – und dies mit dem Versagen des Staates rechtfertigt.“ Der schmutzige Verdacht bestätigt sich: Die Deutsche Umwelthilfe betätigt sich einer Methodik, die irgendwie an Schutzgelderpressung erinnert.

„Versagen des Staates.“ Eine weitgefasste Äußerung und Vorwurf, der breite Interpretationsspielräume zulässt. Stellt sich die Deutsche Umwelthilfe damit etwa auf eine Stufe mit von ihr (zurecht) verachteten gesellschaftlichen Splitterströmungen (wir erinnern uns, die Deutsche Umwelthilfe ist mit 243 Mitgliedern ebenfalls eine Splitterorganisation), die in der NPD ihren Katalysator finden? Dort wirft man bekanntlich unserem Rechtsstaat ebenfalls Versagen in so vielen Dingen vor. Und geht die Mafia in Ihren zynischen Argumentationen nicht ähnlich vor? Dass die Schutzgelderpressung nur zur Sicherheit der Abkassierten gilt, die damit Schutz genießen würden? Schutz indes einzig vor denen selbst, die sie sonst schädigen würden. Donnerwetter, schon interessant, in welche Nähe sich die Deutsche Umwelthilfe selbst mit ihren Rechtfertigungen bringt und damit auch noch in unserem Rechtsstaat bisher damit durchkam! Da fragt sich doch der Autor,

da muss es doch von irgendwoher politischen Schutz für eine solche Vereinigung geben, die mit solch dubiosen Machenschaften bis jetzt durchgekommen ist?

Doch der Autor möchte den Tagesspiegel weiter zu Wort kommen lassen:

„Mit dem Abmahngeschäft nimmt die Umwelthilfe Millionenbeträge ein. Von Jahr zu Jahr wird es mehr: 2014 waren es 2,323 Millionen Euro, im Jahr zuvor 1,790 Millionen, 2009 waren es noch 676 000 Euro. Diese Gelder haben zunehmend mehr Anteil am Etat der Organisation. Die Einnahmen aus dem „Verbraucherschutz“, wie sie die Umwelthilfe in ihren Jahresberichten nennt, machten 2014 insgesamt 28 Prozent aller Einnahmen aus, 2013 waren es 22 Prozent.“

„Resch erläutert, wie die Umwelthilfe vorgeht: „Wir haben ständig etwa fünf Mitarbeiter dafür im Einsatz.“ Sie seien fest angestellt, nicht auf Provisionsbasis tätig. Sie durchforsteten das Internet auf Angebote mit Verstößen gegen diese und andere Verordnungen. Insgesamt hätten sie dabei rund 15 Rechtsverordnungen im Blick. Zwei Mitarbeiter davon seien auch im Außendienst tätig, besuchten Autohäuser und den Einzelhandel. Die Abteilung, die für Abmahnungen zuständig ist, ist fleißig: 2015 gingen 1265 Abmahnungen heraus, 438 Mal kam es zu Gerichtsverfahren. Im Jahr davor waren es 1234 Abmahnungen und 386 Verfahren.“

„Autohäuser, Immobilienmakler, Händler sind empört. Der Chef eines Möbelhauses sagt: „Da kommt ein Brief von einem Verein, den man nicht kennt, den man nicht kennen lernen will. Und dann muss ich zahlen, zahlen für eine Sache, die nicht einmal so richtig in meinem Einflussbereich liegt.“ Er wurde abgemahnt, weil in der Ausstellung von Küchen die Zettel mit der Energiekennzeichnung fehlen. „Wissen Sie, unsere Kunden knibbeln die Zettelchen vielfach ab, wenn sie Fotos für ihre Frau daheim machen.““

„Verbraucherschutz“ erinnert in diesem Zusammenhang als Rechtfertigung, frappierend an die zynische Argumentation der Mafia für ihre Schutzgelderpressung. Und die „Blauäugigkeit“ der Betroffenen, dass Kunden die „Zettelchen vielfach abknippeln“, dem kann der Autor zwar folgen, er stellt sich aber zusätzlich die Frage, ob da vielleicht jemand der „Prüfer“ in unbeobachteten Momenten nachgeholfen hat, damit eine Organisation zu Geld kommt?

Der Tagesspiegel weiter: „1400 zivilrechtliche Verfahren strengt die DUH nach Reschs Angaben jährlich an, 1100 werden

außergerichtlich geklärt, 300 gehen vor Gericht.“ Aha, 1100 werden also außergerichtlich geklärt. Also etwa 80%. An für sich nichts Verwerfliches und in unserem Rechtsstaat gängige Praxis, auf die Gerichte zu „verzichten“, wenn man sich einig wird. In diesem Zusammenhang aber recht anrühlich: Wer zahlt, der hat seine Ruhe. Irgendwie auch wie bei einer Schutzgelderpressung.

Der Tagesspiegel ist indes noch nicht fertig mit seinem Bericht. Er geht weiter: „Der Zentralverband des Kfz-Gewerbes hat sich bei EU-Klimakommissar Miguel Arias Canete über das Geschäftsgebaren beschwert. Die DUH reklamiere „Verstöße, die nicht nachvollziehbar sind“, heißt es in einem Brief, der dem Tagesspiegel vorliegt. „Abstruse Beispiele sind Schriftgröße der notwendigen Hinweise, deren Platzierung in einer Anzeige oder fehlende Hinweise beim Teilen von Artikeln“ in sozialen Netzwerken.

Aufgrund der unsicheren Rechtslage habe die DUH allein bei Autohändlern in den vergangenen sechs Jahren rund vier Millionen Euro mit Abmahnungen kassiert. Selbst die „banalsten Verstöße“ würden geahndet. Die Organisation nutze die „unsichere Rechtslage“ und missbrauche sie für „das eigene Geschäftsmodell“. Die EU-Kommission sei aufgefordert, „der von der Umwelthilfe aufgebauten Abmahnindustrie den Nährboden zu entziehen“.

8. Zwischenergebnis

Ein Großteil der Einnahmen der Deutschen Umwelthilfe stammt aus Vergleichen durch „Abmahnungen“ mittelständischer Unternehmen. Dabei nutzt die Deutsche Umwelthilfe geschickt „unsichere“ Gesetzeslagen für sich aus. Die Betroffenen zahlen meist, weil sie „ihre Ruhe“ haben möchten.

Meine Damen und Herren in der Politik in Berlin: Wie lange wollen Sie dem noch zusehen, anstatt unseren Mittelstand vor solchen modernen „Raubrittern“ zu schützen?

1. Fazit

- Bei der Deutschen Umwelthilfe handelt es sich ganz offensichtlich um eine Mogelpackung, die bei näherer Betrachtung rein gar nichts mit dem zu tun hat, was ihr Name vorgibt. Der Name Umwelthilfe ist dabei offensichtlich ein Täuschungsobjekt – lt. NABU entfallen nur knapp 3% der Einnahmen auf die Förderung von Umweltprojekten.
- Die Mitarbeiter und nicht zuletzt deren Führer, Jürgen Resch, leben offenbar in Glanz und Gloria und in „Palästen“, die einen Großteil der Einnahmen verschlingen. Dabei schwimmen

Gemeinnützigkeit und kommerzielle Tätigkeit, so dass der Eindruck entsteht, dass es sich bei der Deutschen Umwelthilfe, um ein vorwiegend kommerzielles Unternehmen handeln könnte und nicht um eine Umweltschutz- oder gar Verbraucherschutzorganisation.

- Jürgen Resch (und seine Deutsche Umwelthilfe) wurde vor gut 10 Jahren bei der Daimler AG rausgeschmissen und dort die finanzielle Zusammenarbeit aufgekündigt, wobei es zum „Eklat“ gekommen sein soll. Seitdem versucht er anscheinend in egozentrischer Absicht, sich dafür zu rächen, indem er eines ihrer Geschäftsmodelle vernichten will. Anders ist für den Autor sein Handeln gegen den Diesel nicht zu erklären, da Feinstaub keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigung verursacht, wie die wissenschaftliche Betrachtung, sowie Studien über das Lebensalter und die Gesundheit der bisherigen Teilezeigen: In Stuttgart leben die gesündesten Städter, mit der höchsten Lebenserwartung. Für seine persönliche „Genugtuung“, nimmt Jürgen Resch dabei billigend in Kauf, dass zigtausende Familien dauerhaft geschädigt werden.
- Wie ihr dubioses Abkassieren bei Mittelstandsunternehmen, sowie die Beabsichtigung, ganze Industriezweige und damit die Familien der dortigen Beschäftigten zu schädigen zeigt, ist die Deutsche Umwelthilfe ganz sicher nicht für Deutschland unterwegs. Und der Autor fragt sich, für wen sie denn unterwegs sein kann? Wer von der Schädigung unseres Landes einen Nutzen haben kann?

Nun ist es eine Binsenweisheit, dass eine starke Gesellschaft nicht zu entern ist: „Voller Bauch geht nicht auf die Barrikaden.“ Wer also zur Macht gelangen will, muss entweder bessere Konzepte haben und damit den Souverän überzeugen oder, die wesentlich leichtere Gangart, eine starke Gesellschaft kaputt machen, damit Unzufriedenheit entsteht.

Eine der tragenden Säulen einer starken Gesellschaft ist ihre Wirtschaft und damit die Kaufkraft ihrer Bürger. Eine der tragenden Säulen unserer Wirtschaft ist der Mittelstand (wir erinnern uns, die schädigt der „Abmahnverein“ Deutsche Umwelthilfe). Eine weitere, unsere Industrie und dort insbesondere die Automobilindustrie. Was liegt da näher, als dort anzusetzen, um die Stabilitätspyramide zum Einsturz zu bringen.

Eine weitere Frage, welche Partei möchte gerne an die Macht und hat dabei die gleichen (vermeintlich) grünen Inhalte wie die sog. Deutsche Umwelthilfe? Na, wird das Bild etwas klarer? Auch dahingehend, wer eine „Schlägerorganisation“, wie die Deutsche

Umwelthilfe, politisch deckt? Mit weiterer Hilfe der heutigen „Ludendorff-Presse“, deren ideologische Verblendung an die der 1920-Jahre erinnert.



Abb.37: Zu den beiden rechten Abbildungen kann man „nur“ sagen, in 30 Jahren nichts dazugelernt. Während einst die sog. „Ludendorff-Presse“ dem Bösen den Weg bereitete, ist es heute wieder die Presse. Insbesondere die modere „Ludendorff-Presse“, z.B. in Hamburg. Was den Autor nun wiederum nicht sonderlich überrascht, ist doch einer der langjährigen, engsten Mitarbeiter des Jürgen Resch ein ehemaliger Spiegel-Redakteur. Die Süddeutsche schreibt 2007: „...sagt Rosenkranz und denkt dabei unter anderem an sich selbst, den Ex-Spiegel-Redakteur und Kisch-Preisträger...“

Eine enge Verbundenheit der Deutschen Umwelthilfe besteht zu den grünen Männchen. Die bereits zitierte *Financial Times Deutschland* dazu in 2009: „Resch teilt sich die Geschäftsführung mit Rainer Baake, der unter dem grünen Umweltminister Jürgen Trittin Staatssekretär war. Michael Hadamczik ist Geschäftsstellenleiter der DUH-Zentrale in Radolfzell. Vorher war er Mitgründer der Zeitschrift „Ökotest“ und Haushaltsexperte bei den Grünen. „Wir haben ein gutes Netzwerk, feine Drähte in die Politik und die Wirtschaft“, sagt Resch.“ Aber „als Lobbyist begreift er sich nicht“. Arbeiten er und „seine“ Deutsche Umwelthilfe doch für unser Gemeinwohl. „Gutmenschen“ also. Schnitt! Wie war das nochmal bei Orwell und seiner „Animals Farm“: „Alle Menschen sind gleich, nur einige sind gleicher.“

Erstmals hatten die grünen Männchen in Stuttgart im Januar 2016 Feinstaubalarm ausgelöst. Und das, obwohl dazu keine Veranlassung bestand, wie Abb.40 zeigt.

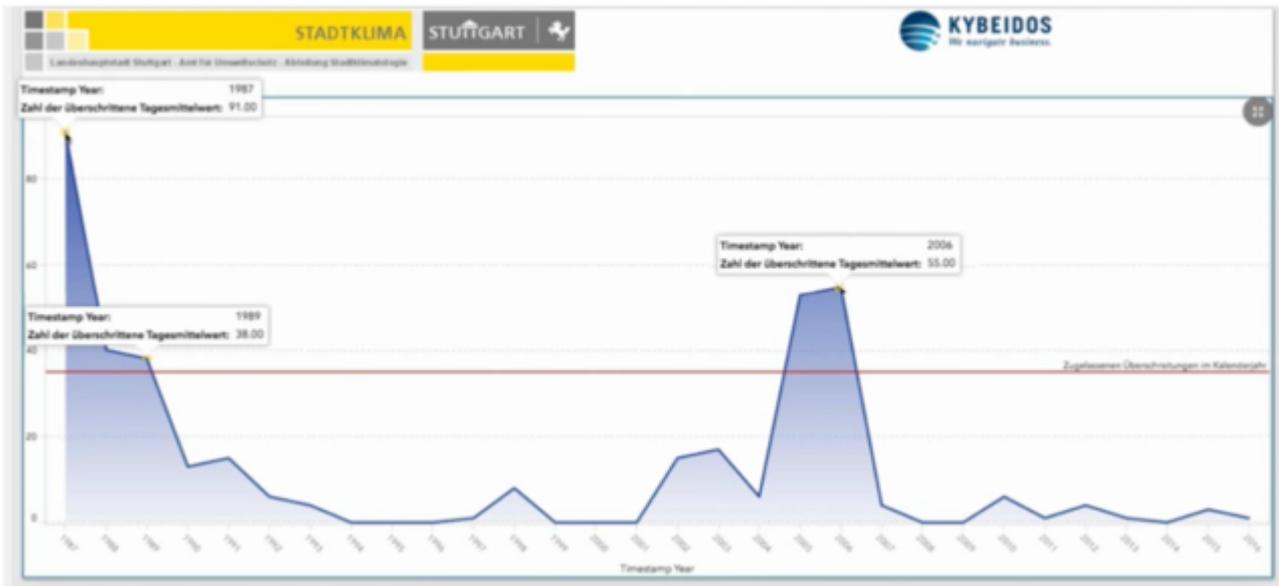


Abb.38, Quelle: (<https://www.youtube.com/watch?v=tSjEWBD6WmA>), „Beispielszenario Feinstaubanalyse“ zeigt die Feinstaubdatenreihe (Zahl der überschrittenen Tageshöchstwerte) Stuttgart-Mitte von 1987 bis 2016. Deutlich hat sich die Luftqualität in Stuttgart verbessert. Die Zahl der sog. Feinstaubalarmlarme ist verschwindend gering. Kein Anlass für irgendwelche Maßnahmen, wie Fahrverbote.

Der Autor erinnert sich, dies war die Zeit, knapp 3 Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg, als es in Umfragen für die grünen Männchen gar nicht gut aus sah und sie damit rechnen mussten, die Macht und ihren Ministerpräsidenten (den Posten) zu verlieren. Was wiederum angesichts deren „Leistungen“ nicht verwundern kann. Mit Hilfe der Presse wurde dann ein „Trommelwirbel“ entfacht und ein Feindbild aufgebaut, das es gar nicht gab und sich selbst als Retter dargestellt. Vergleichbar wie im Film „Illuminati“, in dem der Camerlengo ein fiktives Feindszenario aufbaute, was es gar nicht gab, damit er Papst werden konnte. Während im Film der Held dies verhindern konnte, sind solche Helden in der Presse erfahrungsgemäß schwer zu finden. Das Täuschungsmanöver ging denn auf. Der Wähler wurde getäuscht und die grünen Männchen behielten die Macht.

2. Fazit

Im Wahljahr 2017 haben die grünen Männchen, mit ihren „Schlägerorganisationen“ und ihrer „Ludendorff-Presse“ wohl vor, die (fragwürdigen) Erfolge zur Landtagswahl 2016 im Land BW, im Bund zu wieder holen und wollen dabei erneut Schreckgespenster aufbauen, um sich anschließend als einziger Erretter zu präsentieren (vgl. auch Abb.29 rechts). Dass unser Land, seine Wettbewerbsfähigkeit, seine Familien und Bürger dadurch massiv

geschädigt werden, stört diese Clique offensichtlich nicht. Hatten wir alles schon einmal...Seinerzeit verkündeten die größten Lügner und Lumpen von damals noch 1939 in ihren Parolen Frieden und Gerechtigkeit, während zig-tausende bereits ermordet, gequält, entrechtet und die Weichen auf *Unfrieden* längst gestellt waren mit den Folgen für unser Land, die wir kennen.

Der Autor ist sich jedoch sicher, dass ganz Deutschland nicht auf das hereinfällt, was bei den Schwaben in 2016 noch Erfolg hatte. Obwohl die grünen Männchen sicherlich alles versuchen werden, dieses „Erfolgskonzept“ im Bund zu wiederholen, liegen sie doch derzeit nicht sonderlich gut in den Umfragen, wie seinerzeit in Baden-Württemberg. Und eventuell sind die jüngsten Aktivitäten des BW-Umweltministeriums so zu deuten: Will man doch bei der Berliner Charité eine Studie in Auftrag geben, die die postulierte Gefährlichkeit von Feinstaub bestätigen soll. Würde doch toll wirken, sich kurz vor der Wahl, mit einer vermeintlich wissenschaftlichen Bestätigung (Studie), sich (wieder einmal) als Retter aufspielen zu können. Getreu ihrem Motto aus Abb.29 rechts.

In seinem Verständnis für unsere Demokratie und seinem gewerkschaftlichen Weltbild, wird der Autor seinen Teil dazu beitragen, dass in unserem Land nie wieder Lumpen und Betrüger die Macht erlangen, um unser Land, die Errungenschaften seiner Gesellschaft und damit seiner Bürgerinnen und Bürger zu ruinieren. Denn:

Das Böse ist nicht Böse, weil es böse ist, sondern, weil man es lässt.

Raimund Leistenschneider – EIKE